

Beratungsergebnis zu Vorlage Nr. 33/002/2021

Ausschuss für Ordnungsangelegenheiten und Verbraucherschutz am 19.05.2021

Zu Punkt 6: Aktuelle Situation im Ausländeramt

Frau Geisler berichtet anhand einer PowerPoint-Präsentation über Veränderungen aufgrund der Corona-Pandemie, die derzeitige Situation der Kreis-Service-Center in den Städten Ratingen und Velbert, die Personal- sowie die Raumsituation und zeigt die Planungen zu organisatorischen und strukturellen Veränderungen auf (Anlage 2).

Anschließend erkundigt sich Frau KA Serag nach den längerfristigen Lösungen für die bereits in der Vergangenheit schwierige Personalsituation. Außerdem bittet sie um Erklärung, weshalb bis März diesen Jahres nur eine Ausbildungsduldung erteilt wurde.

Frau Geisler führt aus, dass eine längerfristige Verbesserung der Personalsituation insbesondere durch eine bessere Qualifizierung der Mitarbeitenden und eine Verbesserung des Arbeitsbereichs durch Schulungen etc. erreicht werden solle. Ein Stellenwechsel könne jedoch generell nicht verhindert werden.

Bezüglich der Erteilung von Ausbildungsduldungen lägen in einer Vielzahl von Fällen die Voraussetzungen nicht vor. Beispielsweise fehle es in vielen Fällen an einer Mitwirkung der Antragsstellenden bei der Personenfeststellung.

Herr Hanheide ergänzt, dass sich die aus der Anlage ergebende Angabe auf den Zeitraum bis Ende März beziehe. Da das Ausbildungsjahr klassisch im Sommer beginne, werden die aktuellen Zahlen zur Niederschrift mitgeteilt:

Ein Hauptgrund für den Rückgang an erteilten Ausbildungs- und Beschäftigungsduldungen ist in den Auswirkungen der Corona- Pandemie zu sehen. Aufgrund der angespannten wirtschaftlichen Situation wurden insgesamt deutlich weniger Anträge auf Erteilung einer Beschäftigungserlaubnis gestellt (2019: 1125 Anträge, 2020: 566 Anträge, Januar-März 2021: 119 Anträge). Diese Tendenz hat auch Auswirkungen auf die Anzahl der beantragten Ausbildungs- bzw. Beschäftigungsduldungen, welche ebenfalls stark rückläufig ist.

Bei den Ausbildungsduldungen ist zusätzlich zu beachten, dass die Anzahl der Erteilungen im ersten Quartal regelmäßig deutlich geringer ausfällt, als im restlichen Jahr. Dies ist in der Tatsache begründet, dass der überwiegende Teil der Ausbildungsverhältnisse am 01.05., 01.08. bzw. 01.10. eines Jahres beginnt und die Ausbildungsduldungen meist kurz vor Ausbildungsbeginn erteilt werden. Seit Ende März wurden weitere sechs Ausbildungsduldungen erteilt, jedoch nicht alle für den Ausbildungsbeginn 01.05.2021.

Bezüglich der Beschäftigungsduldung ist anzumerken, dass die gesetzlichen Voraussetzungen für die Erteilung einer solchen Duldung sehr hoch sind und von vielen geduldeten Personen nicht erfüllt werden können. Dies ist ein Hauptgrund, warum das Instrument der Beschäftigungsduldung bisher keiner großen Nachfrage unterliegt.

Herr Hanheide führt weiter aus, dass es eine Personalfluktuations in allen Ausländerbehörden gebe. Dies lasse sich zum einen damit erklären, dass die Verwaltungen viele attraktive Stellen in einer vergleichbaren Besoldungsgruppe zu bieten haben. Zum anderen hätten derzeit alle Verwaltungen einen hohen Personalbedarf, weshalb im Kreis Mettmann auch zahlreiche Abgänge an die Landesbehörden zu verzeichnen seien.

Mit Hinweis auf die hohe Unzufriedenheit der Bevölkerung in Ratingen erkundigt sich Herr KA Weiß, zu welchem Termin eine Öffnung des dortigen KSC geplant sei.

Frau Geisler teilt mit, dass die Räumlichkeiten des KSC ab dem 25.05.2021 zur Bearbeitung der Rückstände im Bereich der Erfassung biometrischer Daten genutzt werden sollen. Eine Aufnahme der bisherigen Tätigkeiten des KSC erfolge zu diesem Zeitpunkt jedoch noch nicht.

Ergänzend führt Herr Hanheide aus, dass aufgrund der nach wie vor anhaltenden Schließung der Kreisverwaltung für den Publikumsverkehr mit einer strengen Terminvergabe gearbeitet werden müsse. Aufgrund der weiterhin hohen Inzidenz sei eine uneingeschränkte Öffnung der Kreisverwaltung nicht absehbar.

Auf Nachfrage von Herrn KA Bösel teilt Frau Geisler mit, dass die schlechte Erreichbarkeit der Mitarbeitenden im Homeoffice durch das in seiner Kapazität limitierte Telefonnetz der Kreisverwaltung bedingt sei. Durch die Umleitung der Telefone ins Homeoffice würde das Telefonnetz zusätzlich belastet.

Herr KA Brixius stellt fest, dass die aktuelle Situation als kritisch zu bewerten ist. Insbesondere das Problem der telefonischen Erreichbarkeit sollte dringend behoben werden.

Frau KA Serag ergänzt, dass aufgrund der Überlastung der Leitungen ein Problem bei der Vereinbarung von Notfallterminen gesehen werde.

Daraufhin teilt Frau Geisler mit, dass mit der Telefonzentrale eine besondere Vereinbarung getroffen worden sei, so dass von dort nun auch Rückrufbitten übermittelt würden. Außerdem könne das Ausländeramt per E-Mail erreicht werden.

Frau KA Yeboah weist darauf hin, dass die Schließung des KSC bereits im Integrationsrat der Stadt Ratingen sehr hitzig diskutiert worden sei. Seit das Ausländeramt im Jahr 2008 in Ratingen aufgelöst und die Aufgabe an den Kreis Mettmann abgegeben wurde, habe es oft Personalprobleme gegeben. Auch sei der Weg nach Mettmann für viele Ausländer problematisch. Daher erkundigt sich Frau KA Yeboah, ob die Bearbeitung der biometrischen Daten nun das wichtigste sei. Frau Geisler erläutert, dass die Erfassung der biometrischen Daten momentan aufgrund der hohen Rückstände von über 3.000 Anträgen priorisiert werden müsse. Die Rückstände müssten dringend abgearbeitet werden, damit die elektronischen Aufenthaltstitel ausgestellt werden können. Selbstverständlich würden eingehende Anträge auch weiterhin bearbeitet. Die Anträge könnten nach wie vor auch in Papierform gestellt werden, die Nutzung von Online-Anträgen stelle nur eine zusätzliche Option dar. Die bisherigen Erfahrungen des Ausländeramtes würden jedoch zeigen, dass dieses Angebot auch angenommen werde. Außerdem bestehe grundsätzlich die Möglichkeit, die Unterlagen bei den Bürgerbüros abzugeben, sofern diese geöffnet sind, damit die Unterlagen von dort an den Kreis Mettmann weitergeleitet werden können.

Frau KA Gafari stellt fest, dass es sich hier um ein sehr emotionales Thema handele und dankt Frau Geisler für die Darlegung der guten Ansätze.

Auf Nachfrage von Herrn SB Lenger teilt Frau Geisler mit, dass zudem die Anmietung weiterer Räumlichkeiten bereits umfassend geprüft worden sei. Allerdings sei die technische Anbindung aufgrund der hohen rechtlichen Anforderungen problematisch.

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.